

Volkswirtschaft Kompakt



Nr. 80, 21. August 2015

Mehr Europa! Auf dem Weg zur Energieunion

Autor: Dr. Caroline Dieckhöner, Telefon 069 7431-3854, research@kfw.de

Mit dem geplanten Paket zur Energieunion strebt die Europäische Kommission umfassende Umstellungen des europäischen Energiesystems an, mit dem Ziel, die „Energieversorgung sicherer, erschwinglicher und nachhaltiger“ zu machen.

Hintergrund

Die EU ist der größte Energieimporteur weltweit. Sie importiert 53 % (400 Mrd. EUR) ihres Energieverbrauchs. Sechs Mitgliedstaaten in Mittel-, Südosteuropa und im Baltikum beziehen Erdgas ausschließlich aus Russland.

Energiepreise sind ein Wettbewerbsfaktor gerade für die energieintensive Industrie, selbst die niedrigen Großhandelspreise für Strom in der EU liegen immer noch um 30 % über denen in den USA. Großhandelspreise für Gas sind mehr als doppelt so hoch.

Es gibt zwar bestimmte EU-weite Energiemarktvorgaben, jedoch verantwortet jedes der 28 EU-Länder autonom seine Energiepolitik. Die Europäische Kommission will deshalb eine einheitliche europäische Energie- und Klimapolitik im Rahmen der Energieunion weiter vorantreiben. In den nächsten Jahren sollen Maßnahmenpakete und Gesetzesvorhaben folgen.

Was ist in Planung?

Die Energieunion umfasst fünf zentrale Aufgabenfelder:

- Erhöhung der Versorgungssicherheit
- Integration des EU-Energiebinnenmarktes
- Energieeffizienzsteigerungen und Senkung des Energiebedarfs
- Minderung der CO₂-Emissionen
- Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE), um Innovationen voranzutreiben

Mehr Europa!

Grenzüberschreitende Kooperationen der Länder und die Koordination der Energiemärkte erhöhen die Versorgungssicherheit und führen zu Kosteneffizienz. Die europäische Strom- und Gasversorgung sollte so weit wie möglich integriert und flexibilisiert werden, damit sie über die kostengünstigste Kombination aus Produktionsstandorten und Transportwegen in die Nachfragerregionen stattfinden kann.

Laut Europäischer Kommission könnte ein vollkommen integrierter Energiebinnenmarkt wirtschaftliche Vorteile von 16 bis 40 Mrd. EUR jährlich erzielen. Die Energieunion unterstützt hierüber auch die kosteneffiziente Erreichung klimapolitischer Ziele durch mehr Wettbewerb im EU-Binnenmarkt.

Herausforderung: Heterogene Interessen

Die nationale Energiepolitik der EU-Mitgliedstaaten ist sehr heterogen – sowohl bezüglich der Wahl des Energiemixes der Länder als auch in Bezug auf die Erneuerbaren Energien Politik oder die Einführung von Kapazitätsmärkten für Strom. Dies zeigt auch die Struktur der national eingesetzten Energieträger (siehe Grafik), z. B.

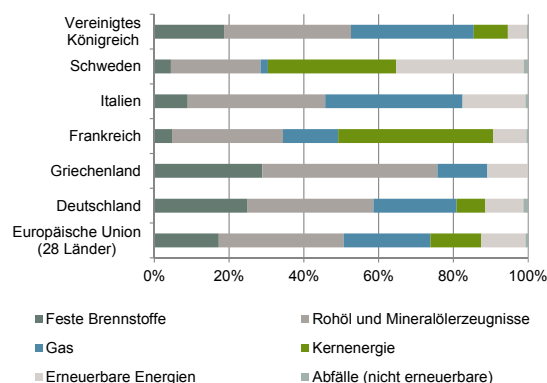
ist die EU bei der Nutzung der Kernenergie zweigeteilt: Sie spielt in einigen Ländern noch eine entscheidende Rolle (insbesondere Frankreich) und es sind weitere Kernkraftwerke im Bau. Dahingegen setzt die Hälfte der EU-28 Länder keine Kernenergie ein. Neben Deutschland haben auch Spanien und Belgien den Ausstieg beschlossen.

Wie soll es weitergehen?

Vor dem Hintergrund der heterogenen energiepolitischen Interessen der Mitgliedstaaten und vielseitigen Dimensionen der Energieunion ist noch lange kein Konsens bezüglich konkreter Maßnahmen absehbar. Doch das gerade in Frankreich beschlossene Energiegesetzespaket in Richtung weniger Kernenergie, mehr erneuerbare Energien, einer Steigerung der Sanierungsrate von Gebäuden und einer Fokussierung auf die Elektromobilität könnte ein erster Schritt für Deutschland und Frankreich sein, die Energiewende gemeinsam in Europa voranzutreiben.

Um den verschiedenen Prioritäten der Staaten gerecht zu werden, wird eine sukzessive Umsetzung der Energieunion erfolgen müssen. Der Fokus sollte dabei auf schnell umsetzbaren und politisch durchsetzbaren Einzelmaßnahmen wie der Erhöhung der Erdgasversorgungssicherheit, dem weiteren leitungsbezogenen Infrastruktur- und Marktausbau zur Integration des europäischen Energiemarktes, den Energieeffizienzsteigerungen sowie der FuE-Förderung liegen. ■

Grafik: Inländischer Bruttoenergieverbrauch nach Brennstofftyp 2013



Quelle: Eurostat.